

Samstag-Beilage

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Erhebt wesentlich am Besten, am Sonntag 9. Juli. Die Beilage enthält in Einzel und Zusammenfassung die Post der letzten Zahlungen monatlich bis 25.00, in den Ausgabestellen abgeleitet bis 24.00 monatlich. Die abgeleitete Hauptziffern-Millimeter-Zelle folgt im Oktober bis 2.50, im ansonstigen Verlaufe bis 3.00. Resten die Millimeter-Zelle bis 5.00 im Oktober und bis 10.00 im ansonstigen Verlaufe. Hauptziffern-Schritt: Jahr für monatliche.

Bestellungs-Beilage: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Straße Deubahnstraße 17. Fernsprecher-Numerale: Samstags-Nummern 1140 und 1142. Stadt-Beilage: Halle a. S., Postfach 2313. „Gefangene Halbesche“. Best.-Redaktion: Deubahnstraße 17, Halle a. S., Postfach 2313. Erfüllungsort und Druckort: Halle a. S. Die Beilage kommt täglich aus, außer an den Feiertagen. Die Beilage wird zum Schluss des laufenden Monats aufgeführt.

Das deutsche Stundungs-Ersuchen.

Weitere Erholung der Mark. / Auf der Verfolgung der Rathenau-Mörder. / 2 Millionen Mark Belohnung. / Noch keine innerpolitische Verständigung.

Sachverständigenkonferenz im September?

Der Marktura. Berlin, 12. Juli. Wie wir von maßgebender Seite erfahren, soll bereits im September eine neue Sachverständigenkonferenz stattfinden, zu der deutsche und österreichische Vertreter hinzugezogen werden. Der Zusammentritt dieser Konferenz wird bescheinigt durch die schlechte deutsche Baluta und Wirtschaftslage, die auf die Nachbarländer zu wirken beginnt.

Deutschland fordert 2jährige Stundung.

Berlin, 12. Juli. Aus Regierungskreisen erfahren wir, daß Deutschland um ein Moratorium für zwei Jahre nachgedacht hat. Die Verhandlungen in Paris haben nach den in Berlin eingetroffenen Nachrichten noch zu keinem Ergebnis geführt. Frankreich weigert sich immer noch, das Moratorium zu bewilligen. In der Berliner Regierung ist man jedoch der Auffassung, daß Frankreich nachgeben wird, da Deutschland sonst keine Zahlungen einstellen muß. Bemerkenswert ist, daß in der Reparationskommission englischerseits die Auffassung vertreten wurde, daß auch ein zweijähriges Moratorium nicht genüge, um die Lage Deutschlands entscheidend zu bessern. England ist zu einem weitgehenden Moratorium bereit, wünscht jedoch eine völlige Lösung der Reparationsfrage, da neben dem Moratorium nach englischer Auffassung auch ein Nachlaß der deutschen Verpflichtungen erfolgen und Deutschland eine große Anteilnahme gewährt werden müßte.

Poincaré's Auffassung der deutschen Finanzströme.

Keine Gewaltmaßnahmen. Paris, 11. Juli. Poincaré erklärte einem Vertreter der „Daily Mail“, er überlasse klar die Gefahr der gegenwärtigen Situation. Er würde die Gelegenheit Frankreichs in den Händen einer gerechten europäischen Politik führen. Gegenüber dem deutschen Reich wird die deutsche Wirtschaftspolitik durch die Schmach der deutschen Politik unterstützt werden, würde Poincaré nicht das Recht des Einmarsches der französischen Truppen in Anspruch nehmen. Poincaré wünscht, daß eine Politik der Stärke durchgeführt werde, aber dies solle durch eine gemeinsame Aktion der Alliierten geschehen. Frankreich will sich auf keine Abenteuerpolitik einlassen. Poincaré wende sich gegen eine Forderung des Deutschen Reiches in der Form, wie sie bisher geübt wurde, ist aber bereit, mit Lloyd George, Schanzer und anderen Staatsmännern und mit man immer zu konferieren. Für den neuen Obersten Rat soll durch die Sachverständigen die Tagesordnung und bestimmte Beschlüsse sorgfältig vorbereitet werden, damit man nicht in die Verlegenheit gebracht werde, Augenblicksentscheidungen zu treffen. Poincaré hofft, daß auf diese Weise die Einigkeit unter den Alliierten in den nächsten Monaten aufrechterhalten werden kann. Gegenwärtig sieht man der Lage gegenüber, daß das Deutsche Reich sich in der Lage befindet, während die deutschen Finanziers und Industriellen täglich mehr herrschen. Poincaré fordert eine strengere Kontrolle der deutschen Finanzen durch die Alliierten, insbesondere sollen die hohen Gewinne der deutschen Industriellen kontrolliert werden, weil nur auf diese Weise der deutsche Kredit wiederhergestellt werden könne. Dann könne Deutschland auch die Reparationen besaßen.

Eine neue Kombination.

Zur Lösung der innerpolitischen Krise.

Berlin, 12. Juli. Wie von parlamentarischer Seite mitgeteilt wird, soll die innerpolitische Krise in der Weise gelöst werden, daß weder die Deutsche Volkspartei noch die Unabhängigen in die Regierung eintreten und sich der Koalition anschließen, sondern die Koalition in der bisherigen Weise bestehen bleibt. Daneben sollen beide Parteien bereit sein, die Verpflichtung zu übernehmen, ebenso die Regierung zu unterstützen wie mit der Koalition zusammenarbeiten. Sie haben bereits die Verpflichtung übernommen, das Gesetz zum Schutze der Republik in der jetzigen Fassung zu unterstützen und zur Annahme zu verhelfen. Diese Wahrscheinlichkeit hat diese Kombination augenblicklich noch nicht für sich!

Siebenzig Milliarden Zwangsanleihe

dreiprozentige Verzinsung.

Im Steueransatz des Reichstages wurde am 11. Juli nach einem Vermittlungsantrag der Demokraten Fiskus der Gesamtbeitrag der Zwangsanleihe auf 70 Milliarden Reichsmark festgesetzt. Fiskus führte aus, daß gegenüber der Summe von 40 Milliarden beim Steuerkompromiß und der Regierungsvorlage von 60 Milliarden mit jeder Summe der Geldentwertung genügend Rechnung getragen ist um zu dem beabsichtigten Ergebnis einer Goldanleihe zu gelangen. Falls im Winter der Anstieg nach den drei Freiabgaben wieder erwarten unter 4 Prozent festgelegt werden würde, besteht für Fiskus nur, wieder 40 Milliarden zurückzugeben. Die Anleihe ist mit zwei Raten bis zum 28. September 1922 zu zahlen.

Im Februar 1923 in Verbindung mit der Abgabe der ersten Vermögenssteuererklärung zu zahlen. Frühere Zahlungen werden durch Abschreibung der Beizugsverluste belohnt. Er beträgt im Juli 1922 94 Prozent, August 96 Prozent, September 98 Prozent, Oktober/November 100 Prozent, Dezember 101 Prozent (steigend bis 106 Prozent für Juli bis März 1923). Gerichts die Anleihe nicht den festgesetzten Betrag, so findet eine Nachzahlung statt, bei einer Ueberzahlung wird anteilmäßig zurückgezahlt. Es ist der Demokratischen Fraktion gelungen, durch zweimäßige Anträge entgegen der Regierungsvorlage den Charakter der Anleihe zu ändern. Dem Volk wird ein großer Opfer zugeworfen, durch ihre Anträge sind aber die Fiskus für die Einzahlung so gelockert worden, daß der Geldanspruch Rechnung getragen wird.

Die Rathenau-Mörder in der Provinz Sachsen

Sucht auf Fährern. — Verhaftung mit Krattwagen und Polizeihunden. — Die Belohnung auf 2 Millionen Mark erhöht.

Es befindet sich, daß die beiden flüchtigen Rathenau-Mörder Fischer und Kern in der Provinz Sachsen weilen. Zur Ergänzung unserer gerichtlichen Mitteilungen bringen wir heute folgenden amtlichen Bericht:

Berlin, 11. Juli. Amtlich: Den beiden flüchtigen Mördern Rathenau, dem Angeklagten Dr. Fischer und dem Überläufermann A. S. v. D. Erwin Kern, ist die Berliner politische Polizei auf der Spur. Die Ermittlungen ergaben, daß sich die beiden flüchtigen Täter vom 4. bis 6. Juli in Wismar in Mecklenburg, am 7. Juli in Neu-Rallice und am 8. Juli in Lensen a. E. aufhielten. Als sie in dem letztgenannten Ort von der Polizei erkannt worden waren, flüchteten sie über die Elbe auf hanoverisches Gebiet in den Kreis Hildesheim. Ein hiesiges Polizeiaugebot von Berliner Beamten der Abteilung I mit Krattwagen und Polizeihunden, die auf die Spur der Täter gesetzt wurden, stellte fest, daß die Täter nach Süden, nämlich nach Gartow-Vorstehus Wirt-Abend-Verkehr allgemeine Richtung Gardelegen flüchteten. Am Sonntag früh gegen 3 Uhr waren die Flüchtlinge in Gardelegen. In der Nacht zum Sonntag verloren sie bei Zietendorf nahe Zietendorf die Generalstabeskarte. Die von Berliner Polizeibeamten gefunden wurde. Anstelle des Verlustes der Karte waren sich die Flüchtlinge über den einzuschlagenden Weg unklar. Infolgedessen befragten sie Landbesitzer über den Weg nach Gardelegen. Es ist damit zu rechnen, daß die Täter nach Süddeutschland zu flüchten beabsichtigen. Sie sind ohne genügende Mittel und andernhand entlarvt. Sie erzielten sich bei Bauern und Vorhöflichen Brot. Wahrscheinlich halten sie sich am Tage vorüber und bewegen sich nur nachts vorwärts. Sie führen Fahrräder mit sich.

Beschreibung der Flüchtlinge: Fischer 178 groß, braungebrannt, eingefallenes Gesicht, blaues Jodet, graue Militärhose, Wadenstümpfen, schwarze Schuhe, grauer weicher Hut, auf Fahrrad ausgenommenen Koffer und Mantel. — Kern: Grauer Anzug mit aus Wollstoffen, aber sonstiger, aber ein gelber, Kniehosen, graue Wollmatten, schwarze Schuhe, ebenfalls eingeschalteten Koffer und Mantel. Beide taufen sich in Lensen neue Schuhe, so daß sie ihre Kleidung verändern können, nämlich zwei hochgehende grüne Sommerjoppe, grünlisches Sporthemd mit pallendem Umlegebogen, hellblaue Keimhemd, weiße weiße Umlegebogen, braungrüne Sportmützen. Sie haben weiße Schuhe bei sich.

Die Polizei, Eisenbahn- und Forstbehörden sind von der Berliner politischen Polizei bereits seit acht Tagen über die Sachlage unterrichtet. Alle ernstlichen amtlichen Fahndungsmaßnahmen sind im Gange. Die weiteste Öffentlichkeit wird aufgerufen, die Behörden bei ihrer Arbeit zu unterstützen. Anstelle der bereits ausgelobten Summe von einer Million Mark hat die Reichsregierung eine weitere Million, und zwar lediglich für Personen, welche Fischer und Kern anzuzeigen oder zur Ergreifung und demnachstigen Ablieferung an deutsche Behörden beitragen, ausgesetzt. Der Hauptstichpunkt der noch ausstehenden entlassenen Berliner Polizeikommandos befindet sich zur Zeit in Gardelegen auf dem Landratsamt und ist durch Fernsprecher Nr. 64 zu erreichen.

Die Reichsregierung wünscht, daß diese Bekanntmachung über all öffentlich angeschlagen wird.

Neue Verhaftungen in Dresden.

Dresden, 11. Juli. In Verbindung mit dem Rathenau-Mord und den in letzter Zeit gemachten Waffenjungen hat außer dem Leutnant zur See Steinbock, Kapitänleutnant a. D. Adenbörner und Major a. D. von der Fichte, sowie eine Reihe weiterer Personen, die der Organisation C angehören, verhaftet worden. Was zur Verhaftung der Benannten geführt hat, ist noch nicht bekannt.

Zeitungsführung?

Berlin, 12. Juli. Die Blätter melden aus Wien, daß nach sehr glaubwürdigen Nachrichten die Mörder Rathenau sich in Salzburg aufhalten und dort im Hotel Stein wohnen. Der Besitzer dieses Hotels sei ein Vertrauensmann des Kronprinzen Rupprecht von Bayern und sei mit der Baronin von Maunther verheiratet.

Heutiger Stand des Dollars 458.

Sozialdemokratische Taktik.

Drohungen mit der Reichstagsauflösung. — Verdächtigungen der Demokraten.

Seit der Ermordung Rathenau ist es das eifrigste Bemühen aller aufrichtigen Republikaner gewesen, diejenigen Kräfte zu sammeln, und zu verantwortungsvoller Zusammenarbeit zu gewinnen, die guten Willens und bereit sind, die Republik und ihre Organe und Einrichtungen zu schützen und zu sichern. Die Mehrheitssozialdemokratie hat zu diesem Zweck Verhandlungen mit den unabhängigen Sozialisten aufgenommen, die nach ihrer Behauptung das Ziel erreicht haben, daß die Unabhängigen zum Eintritt in die Reichsregierung bereit sind. Die beiden anderen Regierungsparteien, Zentrum und Demokraten, haben genau daselbe nach rechts hin getan und die Deutsche Volkspartei zur gleichen Bereitschaft des Eintritts in die Regierung gewonnen. Der Unterfeld bestreut nur darin, daß den Volksparteilern von vorn herein öffentlich, klar und bestimmt diejenigen Bedingungen genannt wurden, unter denen allein eine Zusammenarbeit mit ihnen möglich sei, während über die Bedingungen, die die Mehrheitssozialdemokraten den Unabhängigen gestellt haben, noch heute nichts Zuverlässiges bekannt ist. Man wird deshalb den sozialistischen Verhandlungen nicht Unrecht tun, wenn man der Vermutung Ausdruck gibt, daß sie immer noch nicht zu einem festen Abjuch gelangt sind. Um so weniger darf man es den beiden anderen Regierungsparteien verdenken, wenn sie darauf bestehen, zunächst einmal die angebotenen Vereinbarungen der beiden Vorkämpfer im Wortlaut lernen zu lernen. Nur dann erst kann natürlich eine Stellungnahme des Zentrums und der Demokraten bezüglich der Einbeziehung der Unabhängigen in die Regierungskoalition endgültig erfolgen.

Statt sich nun um diese notwendige Klärung zu bemühen, versucht vielmehr die Mehrheitssozialdemokratie, die beiden anderen Regierungsparteien zu zwingen, ihren offenen Taktik gegen den Erfolg. Die Bemühung der Sozialdemokraten für verhältnismäßig rechtlich angelegte, klaren, klar zu lassen und vorbehaltlos der einseitigen Einbeziehung der Unabhängigen zuzustimmen. Sie will diesen Zwang auf verschiedenen Wegen durchsetzen. Einmal arbeitet sie innerlich mit Verdächtigungen der Deutschen Volkspartei, die sie aus deren Haltung in der Vergangenheit erntet. Wenn man aber das gleiche Verfahren gegenüber den Unabhängigen anwenden wollte: zu jeder Gott, was wäre da für ein Sündenregister heraus! Bekanntnis zum Käsepin, zu weitgehenden Sozialisierungen, Bekämpfung jedes Zusammenarbeitens mit nichtsozialistischen Parteien, das sind nur einige wenige, willkürlich herausgegriffene Schwärze der bisherigen Taktik der Unabhängigen! Und wenn man vor der Verbindung mit der Deutschen Volkspartei durch den Hinweis auf realpolitische Persönlichkeiten in ihr wie Beder (Hessen) u. a. zu schreden sucht, dann darf doch wohl auch gefragt werden, ob etwa auf der anderen Seite ein Cyprien, der sich öffentlich gerühmt hat, sein Vaterland zu verlassen, ein Adolf Hoffmann, den man nicht im einzelnen zu charakterisieren braucht, leichter zu tragen sind. Nein, diese Herabsetzungen sind kein Einbruch, das die Unabhängigen ebenso im Glashause sitzen, wie die Volksparteier. Mißtraut man dem einen, so ist auch gegen die anderen Mißtraut man im Wahre; glaubt man dagegen den Unabhängigen, daß sie wirklich jetzt vornehmen wollen, was sie früher angebetet haben, so verlangt es Recht und Billigkeit, daß man das auch von den Volksparteilern glaubt.

Ein anderes Mittel, um Zentrum und Demokraten unter ihren Willen zu zwingen, wendet die Sozialdemokratie mit fortgesetzten Drohungen fortwährender Reichstagsauflösung an. Doch sowohl von materialistischen wie von parteitaktischen Gesichtspunkten aus im gegenwärtigen Augenblick Auflösung und Neuwahlen ein Unglück wären, darüber sind alle Parteien, einschließlich der Mehrheitssozialdemokratie, einig. Wenn diese aber trotz aller ernstlichen Bedenken tatsächlich in diesen gefährlichen Zeiten den Reichstag auflösen und Neuwahlen herbeiführen wollen, so mögen sie die Verantwortung dafür übernehmen. Die anderen Regierungsparteien und insbesondere die Demokraten läuten überflüssig Neuwahlen unter der Parole „Einbeziehung der Unabhängigen in die Reichsregierung“ nicht zu fürchten. Jedenfalls haben alle demokratischen Parteiführer der Drohung mit Neuwahlen außerlich gelassen gegenüber, so daß mit ihr wirklich kein Einbruch zu machen ist.

Nun verläßt die Sozialdemokratie einen neuen Weg, indem sie durch den „Vorwärts“ die republikanische Zuverlässigkeit der Demokraten herabzusetzen versucht, und die folgende Behauptung aufstellt, die Demokraten hätten sich „vom Nationalliberalismus magnetisch angezogen“ und ständen sich in panikartigem Schreden vor den Unabhängigen in der Arme der Deutschen Volkspartei. Wie indes die Darstellung ist, geht schon daraus hervor, daß die Parteileitung der Demokraten sich bereits früher ähnlich dahin geäußert hat, daß sie die Erweiterung der Regierungsbeteiligung durch alle republikanischen Elemente nicht nur von rechts, sondern auch von links her, einschließlich der Unabhängigen, begrüßen würde. An dieser grundsätzlichen Stellungnahme hält sie bis auf den heutigen Tag fest. Sie kann es um so mehr, als die Erfahrung der letzten Jahre wahrhaftig hundertfältig beweisen hat, daß die gefunden demokratischen Gedanken, die sie vertritt, allen Widerständen zum Trotz sich praktisch dennoch durchsetzen. Die Befreiung der Unabhängigen links und der Deutschen Volksparteier rechts ist ja der neueste Beweis

darf. Schon bisher waren die Demokraten der Forderung nach die schärfste Partei in der Regierungskoalition. Sie haben deswegen niemals auf Selbständigkeit verzichtet oder irgendwelche Angst vor den anderen stärkeren Regierungsparteien befunden. Es ist also abzurufen, daß sie jetzt vor dem Eintritt von 71 Unabhängigen, panischen Schreien empfanden und sich in die Arme einer größeren Partei flüchteten. Das der „Vorwärts“ will, ist in Wirklichkeit die Unterwerfung der Demokraten unter die sozialistische Parteiarbeiterschaft. Der ehrliche demokratische Wähler soll nicht das Recht haben, republikanische Mitarbeiter links und rechts zu haben und heranzuziehen, sondern er soll genannt werden, selbstig solche Republikaner angestrichelt die Sozialdemokratie empfängt. Damit wird die Demokratische Partei ihre Selbständigkeit aufgeben und ein Anhängel der Sozialdemokratie werden. Das lehnt sie selbstverständlich aufs Bestimmteste ab.

Der Reichstag über das Schutzgesetz.

Erregte Debatten. — Reichsanwalt Wirth gegen die Debatte ein.

Präsident Röbe eröffnet die Sitzung um 2.20 Uhr. Die allgemeine Aussprache wird fortgesetzt.

Abg. Wiffel (Soz.) erklärt, seine Partei sei mit der Fassung der Vorlage sehr unzufrieden. Besonders bedauerlich sei die abschiebende Fassung der bayerischen Regierung. Der Redner fragt, ob es nicht möglich sei, die bayerischen Vorlesungen mit den Maßnahmen aus der Verordnung des Reichspräsidenten vorher der bayerischen Regierung zur Kenntnis vorzulegen. Diese bayerische Verordnung sei ein Zeichen ungläubiger Reichsarbeit und Empfindlichkeit. Die monarchistische Fiktion, die eine Wortatmosphäre geschaffen habe, müsse verboten werden, auch das öffentliche Tragen monarchistischer Abzeichen.

Abg. Graf Thüringen (Dntf.) lehnt die Vorlage ab, weil sie ein Ausnahmegesetz gegen rechts sei. Die Linke hat ihr Ziel erreicht, indem sie den Generalrat in die Wand malte. Der Minister sagte, man müsse den Wahlen entgegenkommen. (Schrei: richtig links.) Gegen diese Art eines überhöhten Geleises müßten wir uns schärfst protestieren. Das Gesetz soll mit dazu dienen, die nationale Opposition zu binden. Sie (nach links) haben in ihrer Presse immer politische Moratorien von reaktionärer Seite veröffentlicht. (Zuruf rechts: Da sind sie ganz richtig.) — Abg. Hofmann (Soz.): Das Gesetz hat auf dem Gebiet der Wirtschaften. Der Name Friedrich Adler wird Ihnen (nach links) unangenehm sein. (Großer enthaltener Lärm links.) — Die Kommunisten drängen nach der Rekonstruktion. Gegenwärtig von rechts. Unhaltbar, große Unruhe. Der Redner schlägt (unter andernem Vornam links) eine Reihe von Moratorien an rechtsgerichteter Seite. Diese Moratorien müssen als Opposition des Rechts haben, die Minister auch stark anzugreifen. (Abg. Adolf Hoffmann (U.S.R.): Mit Sandtraktaten und Revolutionsplanen!) Die Vertreter der bayerischen Demokratie würden sich im Grunde umdrehen, wenn sie dieses Gesetz zum Schutze der Republik leben würden. Dieses Gesetz ist ein Anhaltspunkt. Reichsanwalt Wirth: Der Herr Graf hat auf dem Gebiet der Wirtschaften eine unangenehme provozierende Rede gehalten. (Rebelle Zustimmung links.) Die Destitutionsliste des Reichspräsidenten ist vor einem Trennungsgesetz gezogen zu haben. Dieser Trennungsgesetz ist nur vergeblich und sehr eng gezogen, solange innerhalb dieses Trennungsgesetzes noch die Herren Wille, Bauer und Leffler sind. Es ist nicht möglich, diese Herren gerade bei den Herrn Graf wieder vorzuführen, der am 4. Mai 1921 im Reichstage jene unangenehme Verhöhnung ergriffen

germanischen Geistes von Individualismus und seiner Freiheit. Von ihr darf nur soviel dem Staatsgebäude geopfert werden, wie unbedingt nötig ist. Die preußische Methode darf nicht wiederkehren, monach zum Beispiel ein Beamter disziplinär bestraft worden ist, weil er einen Beamten der Hand zugehen und sich dadurch in höhere Beziehung zu einer der Umformung antreibenden Verwirrung geist habe. Der Redner verteidigt ebenfalls das Recht der Opposition.

Jemanden wegen seiner Zugehörigkeit zur Opposition ächten und verurteilen zu wollen, ist unzulässig.

Abg. C. M. Wagner (Bsp. W.) verteidigt den bayerischen Standpunkt. Bayern hat ein Recht, seine Verfassung über den Schutz der Rechte der einzelnen Länder. Wenn Bayern heute bestimmen würde, so würden sich 80 Prozent der Bevölkerung für die Monarchie erklären. Bei der Revolution ist das Volk von nicht Stammeigenen überumpelt worden. Der Redner lehnt das Gesetz ab.

Reichsanwalt Dr. Wirth:

betont die Notwendigkeit einer schnellen Verabschiedung des Schutzgesetzes. Bedauerlich ist, daß auch in Bayern Neuerungen gefallen seien, die der Verwirklichung eines Wortes nachkommen. Der Abgeordnete Emminger habe erklärt, daß der Staatsgerichtshof für Fälle mit solchen Sachen beschleunigt werde. Soll das etwa heißen, daß wir vor einer Aera weiterer politischer Morde stehen? Das wäre der Untergang unseres Vaterlandes. Es hat sogar Mitglieder rechtsextremster Kreise gegeben, die zu gewissen Zeiten ihre Kreuze beschworen haben, sich sogar hinter eine nicht-verständliche Regierung zu stellen. Es gibt sogar Momente der Not und auch der Angst, in der Bedenken wegen der Verfassungsmäßigkeit einer Regierung durchaus zurücktreten. Der Reichsanwalt verteidigt jedoch einen an den Reichspräsidenten über gerichteten Brief des Bundes der Reichstretzen aus Schöneberg vom 11. 11. 1918, in dem die bewundernswürdige Ruhe und Ordnung herorgehoben wird, und in dem es heißt: „Unsere Pflicht ist es, diejenigen zu unterstützen, die für Ruhe und Ordnung Sorge tragen, nicht allein in Berlin, sondern auch auf dem Lande, wo sich Arbeiter- und Soldatenräte gebildet haben und noch bilden werden.“ Haben sie nicht alle anlässlich der Ermordung Rathenau und des verurteilten Wortes eines bedeutenden Volkstüters sowie der Vorgänge des letzten Jahres gefühlt, daß die politische Morde in Deutschland das Leben eines geordneten Staates zu einer absoluten Unmöglichkeit machen? Wozu müssen wir uns üben? Das wir

mit dem Gesetz zu spät

kommen. Sehen Sie (nach rechts) nicht, daß in den Gebieten Deutschlands, wo bisher die Revolutionsbewegung kaum irgend welchen Schätten hinterlassen hat, daß — ich erinnere an Darmstadt, an meine bairische Heimat — gerade jetzt eine ganz elementare Bewegung durch die unteren Schichten des Volkes hindurchgegangen ist? Der Glaube hat in vielen Schichten des Volkes tiefen Eingang gefunden, daß es der Regierung und den führenden Parteien nicht ernst war mit ihren Maßnahmen gegen die Arbeiter. (Kontakts: Sehr richtig!) Glaubten Sie, daß diese Volkswirtschaften unter der Regierung stehen können? (Zuruf: Korrekturen!) Ja, vorzulegen heißt, sofort die gesetzliche Grundlage schaffen, um mit der Begründung auszuräumen, die tatsächlich vorhanden ist. (Stimmliche Zustimmung links.) Deshalb ist es absolut notwendig, diesem Gesetz alsbald Geltung zu verschaffen. Wenn man sieht, wie darunter das bairische Volk vor die Frage gestellt wird: „Wollen wir am Reich festhalten oder nicht?“ kann man sich nicht wundern, wenn Gegenfragen in ähnlichem Sinne gestellt werden. Wir sind uns klar, daß das Werk der Rettung Deutschlands nicht das Werk einer Klasse sein kann, nicht das Werk der Arbeiterklasse allein. Es ist Zusammenarbeit aller Schichten unseres Volkes notwendig. Wenn wir Tage und Wochen verfließen in der Entzweiung der Atmosphäre unseres Volkes und ein Unglück droht über uns herein, so ist es eine unangenehme Aufgabe, die Lösung dieses Unheilvollen aufzusuchen. (Zuruf rechts: Das heißt den Tausch in die Hand machen!) Das Reparationsproblem trifft uns in unangenehmer Weise von unten und außen. Die politische Atmosphäre ist überhöht; sie ist zu einer bedauerlichen Hochspannung gelangt. Mittwochs 2 Uhr: Einzelberatung. Abstimmungen.

Das Beamtengesetz zum Schutze der Republik

wurde im Reichsausschuß des Reichstages am 11. Juli beraten. Die Beratung begann mit einer Generaldebatte, die sich darum drehte, ob man das Gesetz ohne Einbuße der verfassungsmäßigen Rechte der Beamten durchzuführen könne. Große Bedenken erregte der Vertreter der bayerischen Volkspartei, der von der Monarchie abgewandt zu sein, erregt war und den Sozialisten vorwarf, daß sie jetzt Methoden anwandten, die sie früher verurteilt hätten. Der Demokrat Haas führte aus, es habe keinen Zweck, zu polemisieren, die Sozialdemokraten aber die Volkspartei ihren Standpunkt ausgesprochen hätte. Jedemfalls habe er sich, daß die Volkspartei Methoden, die sie früher nicht richtig gehalten habe, jetzt bekläme. Die Grundzüge der Staatsreform, die im Reichsausschuß in der Diskussion in der Republik. Dazu gehörte, daß der Beamte seine Stellung nicht zur Agitation gegen die Republik missbrauchen dürfe. Wenn das aus schon den Beamten nach den jetzt geltenden Gesetzen unterbunden sei, so könne es doch nicht, es nochmals in aller Form festzustellen. Es sei durchaus notwendig, daß gewisse Beamte höherer Kategorie auf Vorschlag gesetzt werden können, wenn sie der Republik feindlich gegenüberstünden. Es sei ein unethischer Zustand, wenn der beste Wille der Minister nicht durchbringen könne, weil seine Untergeordneten sich seinen Aufказанияen feindsichtig gegenüberstellten. Dagegen sei es noch ernüchtert zu prüfen, ob der Kreis der politischen Beamten erweitert, und ihnen jede Betätigung selbständiger Tätigkeit verboten werden solle. Wenn die Bestimmungen, daß sie in der Zukunft verurteilt werden können, geringe, so föhnt die Vergrößerung des Gebietes möglich. Die Demokratie wolle nicht weitergehen, als unbedingt erforderlich sei, der in vielen Gebieten bestehende hohe Zustand, daß gewisse Beamte die Republik sabotieren, müsse durch selbstverständliche Maßnahmen beseitigt werden.

Die nationale Würde eines Abgeordneten.

Vor dem Schöffengericht in Heidelberg kam dieser Tage eine Verleumdungssache zur Verhandlung, die weit über die Grenzen des bayerischen Staats hinaus erregt hat. In der ersten Zeit habe die demokratische „Heidelbergische Post“ mitgeteilt, daß der bayerische Abgeordnete Landtagsabgeordneter Wagner, einer der lauesten antientimittlichen Geister im Lande, für eine Heidelberg Schieberfirma die Luftschiffkasse in Fahr-Dinglingen, die das Reich an die Entente hätte ausliefern müssen, von der Entente zurückgekauft und dabei in persönlichen Verhandlungen mit deren Vertretern den Standpunkt vertreten hätte, daß das Reich

zur Auslieferung der gesamten Luftschiffkassenanlagen samt allen Nebengebäuden verpflichtet sei, während ihm durchaus bekannt war, daß die Reichsregierung den Verkauf der Anlage dahin auslegte, daß die Entente nur ein Anrecht auf Auslieferung der Luftschiffkassen, nicht aber der Nebengebäude habe. Das demokratische Blatt hatte demnach die Entente als die Entente an einer schärferen Auslegung des Friedensvertrages ermunert, die dem Standpunkt der Reichsregierung widersprach. Wagner hatte daraufhin den Chefredakteur Dr. Pfeiffer wegen Selbstbeugung verklagt und dieser hatte Mittelverträge erhoben, weil Wagner ihn in einem Briefe mit einer Bitte um ganz gewöhnlichen Schimpfverleumdung überhöht hatte. Die Verhandlung endete mit einer verpflichtenden Niederlage Wagners: Dr. Pfeiffer wurde freigesprochen, Wagner wegen Selbstbeugung Dr. Pfeiffers zu 500 M. Geldstrafe und Tragung sämtlicher Kosten des Verfahrens verurteilt.

Das Gericht stellte sich dem Standpunkt, daß der Wahrscheinlichkeit im wesentlichen erstreckt sei. Es bedingte und rückwärts auf den Standpunkt der Reichsregierung stellen müssen. Sein Gebahren sei mit der nationalen Würde eines deutschen Abgeordneten nicht zu vereinbaren.

Und dieser Mensch ist noch immer bairischer Landtagsabgeordneter!

Waffenkunde.

Die Militärkontrollkommission der Entente nahm im Marinearsenal in Kiel eine Durchsichtigung vor, bei der in Riffen verpaßt große Mengen Waffen und Munition entdeckt wurden. Darunter 136 Gewehre und 38 kleinere Waffengeräte, 42 Maschinenpistolen, 2500 Schrapnell und 100000 Patronen. Man befürchtet in Kiel, daß die Kommission die Schließung des Arsenals verlangen wird. Der Betrieb beläuft sich auf 800 Arbeiter und 200 Angestellte.

Die Marineverwaltung hatte vom Vorhaben des Marinearsenals in Kiel Arsenale keine Kenntnis. Der Kommandant des Arsenals Kapitän v. Sahlhau und der Leiter der Waffenabteilung wurden sofort zur Verhaftung nach Berlin berufen. Es sind nur Waffen gefunden worden, keinerlei Munition. Die Waffengeräte sind zum Teil unbrauchbar. Ein Antrag der Kommando auf Schließung der Arsenale ist bei der Regierung nicht eingegangen.

Die Lohnverhandlungen im Aufgebote.

Aussichtsreiche Verhandlungen. Wien, 12. Juli. Die gestrigen Verhandlungen über den Manteltarif, die unter dem Vorsitz des Reichsarbeitsministers stattfanden, konnten bei der Fülle der schwebenden Fragen noch nicht zu Ende geführt werden. Es besteht jedoch gegründete Aussicht, daß die heute früh fortgesetzten Verhandlungen zwischen den Parteivertretern zu einer Einigung führen werden. Die Zustimmung der Gesamtvertretungen bleibt, wie das letzte Mal, noch vorbehalten.

Lohn- und Förderungsanstalt durch den Demonstrationstreik.

Bei den Bergarbeitern des Ruhrreviers hat die für den 4. Juli angeordnete zweite Arbeitsniederlegung nicht die von den Führern erwartete Beteiligung gefunden. Abgesehen davon, daß die christlich organisierten Arbeiter sich gemäß der von ihren Verbänden ausgehenden Meinung von den Demonstrationen ferngehalten haben, sind auch zahlreiche sozialistische Arbeiter der Streikliste nicht beigetreten. Der Streik wurde am 1. September um 1000 Mann gebracht haben würde, nicht gelang. In den 20 Bergrevieren des Ruhrreviers sind auf mehr als 100 Schachtanlagen die Beschäftigten vollständig oder mit geringer Ausnahme angehalten. Der Fördereranstalt am zweiten Demonstrationstag betrug rund 80 000 Tonnen.

Steuerfreiheit der ausländischen Rohle.

Die Befreiung der vom Auslande eingehenden Rohle von der Einfuhrsteuer, die zunächst für die Zeit bis zum 1. September d. J. ausgeschrieben war, wird, wie uns mitgeteilt wird, bis Ende März 1923 verlängert werden.

Russische Holzlieferungen an Deutschland.

Petersburg, 11. Juli. In diesen Tagen gehen große Holzlieferungen an deutsche Firmen ab. Ein Teil dieser Lieferungen dient als Austausch für aus Deutschland eintreffende Maschinen und Waren. Im Hafen von Petersburg hat die Verladung großer Vorräte von Eisenstahl und Metallabfällen begonnen. Der größte Teil dieser Schiffstransporte soll für Deutschland bestimmt, ein geringer Teil davon geht nach England.

Der Eisenbahntreik in Amerika

nimmt bedrohliche Formen an, weil die Eisenbahngesellschaften zum Erlaß der Ausnahmen Hindernisse beschaffen. Eine Reihe von Bahnhöfen hat infolgedessen militärisch besetzt werden müssen. Der Streik kommt der amerikanischen Regierung, die trotz alles Widerstrebens nach ihrer Teilnahme am Kriege in die europäischen Handel vertriebt, höchst unlegen, zumal die Krisis in Amerika erst das eigene Haus in Ordnung bringen müsse, wenn es seiner Pflicht, den Wiederaufbau der Welt zu fördern, nachkommen wolle.

Rus aller Welt

Der ausgeträuerte Moskauer. Am Girand der Moser in Sunderland lebende Männer beobachteten kürzlich, wie ein Mann in eine Kieröhle hineinging, die sonst von den Frauen zum Ausbleichen benutzt zu werden pflegt. Da er nicht wieder herauskam, so folgten sie ihn nach und fanden, daß er durch eine Defektina in eine kleinere, dahinter gelegene Höhle gekommen war, von der aus man den vorderen Raum überblicken kann. Man er sich plötzlich auf den Boden des unteren Raumes zu befinden, ein Kieröhle, die ein großes Papiermeer an und räumte den Widerstand aus; nachdem sie ihn erwisch hatten, schleppten sie ihn an den Strand und tauchten ihn hier noch ein paar mal richtig unter.

Solz aus Samblättchen? Das sogenannte „Künstliche Holz“, wie es teilweise auch im Karoffel- und Flugsaugenbau Verwendung findet, hat jetzt aus Eignigkeit und Solidität hergestellt werden. Amobolins ist, wie das Holz, ein festes, ein leichtes, naturgemäß durch welches sowohl trockene Eichen, als auch Buchenblätter für denselben Zweck verwendet werden können. Die Blätter werden zuerst gemahlen und mit einem Bindemittel wie Lein, Harz oder Wasserzucker vermischt, wonach die Masse in Form von Stäben geformt und darauf in einer Presse unter einem Druck von 850 Atmosphären verformt wird. Nach dem Trocknen sind dem unvorstellbaren Erzeugnis unter Druck entsteht ein festes Produkt, das ein guter Ersatz für Holz ist und haben annehmen kann. Der Vorteil dieses Holzes liegt in dem unangenehm billigen Rohmaterial.

von dieser Stelle fundiert. (Herr Hüft) Herr Hüft hat damals gesagt, es sei gerade die Aufgabe des Streikführers, seine Leute, ob von den Summen, die Herr Engelberger für Aktien und politische Zwecke verwaltet hat, wie man teilweise in der Öffentlichkeit annimmt — ob mit Recht oder Unrecht ist ganz etwas in die Taschen des Herrn Engelberger geflossen ist. (Stimmliche Zustimmung links.) Es gibt politische Situationen, die politische Moratorien nicht entstehen können, aber es gibt auch alle diese Zeit, in der ganze politische Parteien sich in den Dienst der Morde stellen gestellt haben. Hier handelt es sich um eine planmäßige Selbstbeugung der Leute, in denen Hand das deutsche Volk kein Schicksal geleitet hat.

Abg. Bell (Zur.) Herr Hüft hätte seinem Volk und Vaterland einen großen Dienst erwiesen, wenn er seine Rede im inneren Zuhör verstanden gehabt hätte. (Rebelle Zustimmung.) Solche Revolutionspläne können zu den unangenehmsten Katastrophen führen. Auch wir haben natürlich mancherlei Bedenken gegen verschiedene Bestimmungen des Gesetzes, aber wir tragen der politischen Konstellation Rechnung, indem wir über diese Bedenken hinaus um ihrer Annahme entschlossen sind.

Abg. Dr. Kahl (D. Vp.). Die Art und Weise der Mitarbeit meiner Fraktion an dem Gesetz hat gezeigt, daß wir von vornherein bereit waren, die verfassungsmäßige republikanische Staatsform zu helfen. Wir sind es auch heute noch. Es ist aber nicht zu verkennen, daß die außerordentliche Art für den Gegenstandswort verfassungsmäßig ist. In den Bestimmungen finden eine ganze Reihe von Mängeln. Die gewissenhafte Prüfung der Vorlage hat uns befähigt, daß es richtiger gewesen wäre, zunächst mit der Ausnahmeverordnung des Reichspräsidenten auszusommen und viele natürlich diese einzelnen Charaktere zu entscheiden. Dieses Gesetz ist ein solches verfassungswidriges. Es geht nicht an, ganze politische Parteien als „Mißbräuter“ zu bezeichnen und perantwörtlich zu machen. Dadurch wird eine politische Vergiftung herbeigeführt, die jede Verbindung unmöglich macht. Daß die reaktionäre Entwicklung so würde sich entwickeln, können annehmen können, vor allem neben anderen Gründen auch die politischen Verhältnisse, die bis jetzt wenig in sich zeigen konnten, in den drei Jahren das schicksalhaft eingeleitete wurde, was in seinem Erinnerung zu sein. Denken Sie (nach links), wie Sie die uns heiligen Schwärzweiserorden tragen geschickt und beständig. Niemals haben wir die Schwärzweiserorden tragen geschickt. (Widerzruf links.) Wie haben Sie die Schwärzweiserorden früherer Landesregierungen Familien betrunken gezeitert, in den Schmutz gezogen. Wie haben Sie uns, wie haben Sie mich als „Sohnenpolen“ bezeichnet und was mich als „Kriegsgefangenen“ bezeichnet. Dieser Druck hat natürlich Gegenstand erzeugt. Wir sind bereit, an einem Gesetz zum Schutze der Republik mitzuwirken, aber unter der Voraussetzung, daß es

nach allen Geleiten möglich

angewendet wird. In der Verfassungstreue lassen wir uns von niemand abtreiben. Man sieht uns Kennenreputations. Wollen Sie uns zu Gewinnungsrepublikanismen machen — bis jetzt wird es so gewesen die Fall sein — dann können Sie in der Zukunft erwarten, ein Staatsgesetz, in dem wir in Betrachtungen aufleben können. (Kontakts: Pfeil und Schießarten rechts.)

Abg. Schilling (Dem.) gibt der Scham darüber Ausdruck, daß das deutsche Volk heute ein solches Gesetz nicht hat. Der Herr Dr. Wirth, der Herr Dr. Wirth des Reichspräsidenten kann ich mich nur anschließen. Wir Demokraten sitzen vor die